

Werkstatt kritische Bildungstheorie 2019

Ein gemeinsamer demokratischer Neuanfang?

Hoffnungen und Enttäuschungen bei den westdeutschen Sympathisanten der DDR-Bürgerbewegung

Klaus Körber

„Es war nicht das Rad der Geschichte, das sich gedreht hatte; es waren die Menschen, die sich etwas getraut hatten. Aber die Traute der DDR-Menschen wurde nicht nutzbar gemacht für die deutsche Demokratie.“ Heribert Prantl (SZ vom 2./3.11.2019)

1. Hoffnungen und Enttäuschungen: Vom Demokratischen Sozialismus zur neoliberalen Wende

Ende 1989 bekommen *Friedrich Schorlemmer* und *Antje Vollmer*, bis 1990 Fraktionssprecherin der *Grünen* im Bundestag, die *Carl-von-Ossietzky-Medaille* verliehen. *Schorlemmer* hat sich damals in seiner Dankesrede für eine **demokratische, sozialistische Republik**¹ ausgesprochen. Er plädierte dafür, das Wort Sozialismus, das durch den „*Mielke-Sozialismus*“² zutiefst diskreditiert war, für die Zukunft zu bewahren. Sein Appell: *„Helfen Sie uns, dass wir wieder eine Vision bekommen, für die es sich lohnt und nach der wir auch praktisch etwas schaffen, sonst bleiben nur die Worte >freies Spiel (der Kräfte)< und >Markt<“.*

„Wir“ fühlten uns direkt angesprochen. Der Appell entsprach unserer Hoffnung: Die **politische Schubkraft**, die die ostdeutsche Bürgerbewegung unter kirchlicher Obhut entwickelt hatte, werde auch auf Westdeutschland übergreifen. Hatte sie in der *DDR* etwas geschafft, was bis dahin fast unvorstellbar war, nämlich den *Mielke-Sozialismus* zu stürzen und die Demokratisierung der *DDR* in Gang zu setzen, so werde sie auch uns helfen, im wiedervereinigten Deutschland nachhaltige politische Veränderungen ins Werk zu setzen. Wir sahen seinerzeit in der *DDR-Bürgerbewegung* hochwillkommene Vorbilder und Verbündete für eine Weiterentwicklung der Demokratie hin zu einer sozialistischen oder anders ausgedrückt: zu einer entfalteten sozialen und partizipativen Demokratie in Gesamtdeutschland. Wir hofften auf einen **gemeinsamen demokratischen Neuanfang**.

Vortrag gehalten am 23.11.2019 auf der Wochenendtagung mit Pfarrer Dr. Friedrich Schorlemmer „**Vorwärts – und schnell vergessen? 30 Jahre Einigkeit und Recht und Freiheit**“ vom 22.11. – 24.11. 2019 im Evangelischen Bildungszentrum Bad Alexandersbad

¹ Ich habe die Hervorhebungen (**fett** und Unterstreichungen), die ich für den mündlichen Vortrag eingefügt habe, in diesem Text stehen gelassen.

² Zitate in Anführungszeichen entstammen, sofern nicht anders angegeben, den Unterlagen für unsere Veranstaltungsreihe 1990/91- (vgl. dazu nächster Absatz).

Wer ist, wer war Wir? Wir waren eine Vielzahl von westdeutschen Sympathisanten der *DDR-Bürgerbewegung*, die allerdings – das muss man im Rückblick kritisch anmerken – zu keinem Zeitpunkt politisch organisiert aufgetreten sind und gemeinsam gehandelt haben. Zu dieser Sympathisantenszene habe ich kaum Dokumente gefunden. Deshalb stütze ich mich, wenn ich hier „Wir“ sage, auf persönliche Erinnerungen und auf Unterlagen aus einem Projekt, das wir 1990 in *Bremen* begonnen haben mit einer kleinen Gruppe von Mitarbeitern der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK) und Wissenschaftlern der Universität, zu denen *Joachim Twisselmann* und ich gehörten. Um eine breitere öffentliche Debatte darüber anzustoßen, haben wir damals einen Veranstaltungszyklus geplant, in dessen Zentrum die Fragen stehen sollten: Welche Rolle spielt die *DDR-Bürgerbewegung* in der *Friedlichen Revolution* und im Vereinigungsprozess? Welche Auswirkungen könnte – sollte – würde ihr Vorgehen und ihr **Vorbild** haben für **uns** in *Westdeutschland*?

Aber wir kamen zu spät. Als die zuerst von uns geplante Tagung mit *Friedrich Schorlemmer* und *Antje Vollmer* endlich stattfand, hatten wir alle schon eine **lange Reihe von Enttäuschungen** hinter uns. Die Perspektive einer „demokratischen, sozialistischen Republik“ war passé. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde in kürzest möglicher Zeit als Anschluss an die Bundesrepublik durchgezogen. Die *DDR-Bürgerbewegung* hatte bereits bei den letzten - erstmals freien - Volkskammerwahlen im März 1990 eine schwere Niederlage erlitten, die sich in der ersten **gesamtdeutschen Bundestagswahl** im Dezember desselben Jahres wiederholte. In den Wahlkämpfen im Jahr 1990 ging es um politische Macht und um Geld, um Markt und Konsum. Auch in den politischen Verhandlungen zum *Staatsvertrag zur Herstellung der Einheit Deutschlands* ging es vor allem darum. Zugespitzt würde ich heute sagen: Mitten in der Wendezeit hat es eine **nationale Wende** gegeben, die zugleich eine **neoliberale Wende** war. „**Christlich-humanistische Ideale**“ oder **demokratischer Neuanfang** spielten **keine Rolle** mehr. Schon Ende '89 endete die Phase der friedlichen Revolution, die von der oppositionellen Bürgerbewegung bestimmt war; es begann die Phase der Vereinigung, die von der Masse der *DDR-Bevölkerung gewollt* war und von der Bundesregierung gemanaged wurde.

Auch **in der westdeutschen Sympathisantenszene kriselte** es damals. Die westdeutsche Linke war uneins. *Die Grünen*, die wie prominente Oppositionelle in der *DDR* für eine *Zwei-Staaten-Lösung* plädiert hatten, scheiterten bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen an der 5%-Hürde und flogen aus dem Bundestag. *SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine* scheiterte ebenfalls mit seinem Konzept: Postnationalismus, Konföderation auf Zeit, Wirtschaftshilfe für die *DDR* und Einheit der Lebensverhältnisse. Die selbstorganisierten Bürgerbewegungen im Westen (Umwelt- und Antiatomkraftbewegung, Alternativ-, Friedens- und Frauenbewegung), die – ungeachtet aller inhaltlichen Unterschiede - ein Pendant zur *DDR-Bürgerbewegung* bildeten, verloren an Zulauf und Bedeutung.

Trotz dieser Enttäuschungen wollten wir unser Projekt nicht aufgeben. Aber es blieb Ratlosigkeit. Im Titel der genannten Tagung tauchte das Wort „Hoffnung“ nicht mehr auf, stattdessen stand da „Verlust“. Der Titel lautete: „**Der Utopieverlust der Linken in Ost und West**“. Wir hatten zu Beginn unserer Planungen noch angenommen, wir könnten die utopischen Visionen der *DDR-Bewegung* einfach übernehmen. Stattdessen suchten wir nunmehr herauszufinden, über welche **Visionen für die 90er Jahre** die „*Linke, die aus einer christlichen oder humanistischen Tradition kommt*“, überhaupt noch verfüge. Was könnte sie dem neoliberalen Irrglaube

ben, der Markt könne alles besser regeln als Staat und Politik, entgegensetzen? Und: Welche politischen Alternativen könnten **wir** in *Ost und West* **gemeinsam** noch entwickeln jenseits der Wünsche nach der schnellen Mark und dem schnellen Anschluss an die Bundesrepublik, die den Vereinigungsprozess inzwischen beherrschten?

2. Identitätsverlust und Trauerarbeit in der DDR – Verständigung und Vertrauen zwischen DDR- und Bundesbürgern

Das Wort „**Verlust**“ findet sich auch in anderen Veranstaltungs-Titeln unserer Reihe wieder. So im Titel der Tagung „**Identitätsverlust und Trauerarbeit in der DDR**“ mit **Hans-Joachim Maaz**. Er hatte 1990 – manche erinnern sich vielleicht – unter dem Titel „**Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR**“³ eine zusammenfassende psychologische Analyse der repressiven Verhältnisse in der *DDR*, der Wende und des Vereinigungsprozesses vorgelegt. Er plädierte in seinem Buch wie in unserer Veranstaltung für Begegnungen in beiden Teilen Deutschlands, in denen die „*verdrängte und gedemütigte Größe und Würde*“ der *DDR*-Bürger, aber auch ihre Ängste, ihre Wut und ihre „*Trauer über verlorene Möglichkeiten und Chancen*“ zur Sprache gebracht und gemeinsam emotional aufgearbeitet werden könnten. **Wir** erhofften uns von solchen Begegnungen Impulse für wechselseitiges **Verstehen und für Vertrauensbildung zwischen DDR- und Bundesbürgern**. Am Ende könnte das beitragen zu einer Verständigung über eine **gemeinsame neue deutsche Identität**. Vielleicht könnte damit das Gefühl des Identitätsverlusts oder gar der Identitätsberaubung bei vielen *DDR*-Bürgern kompensiert werden.

Unsere Veranstaltungen waren erfolgreich; sie wurden von vielen ausdrücklich begrüßt. Aber auch da folgte Enttäuschung auf dem Fuß. Die von uns erhofften Wirkungen über die Veranstaltungen hinaus blieben aus. Zwar wurde nach dem Mauerfall in vielen kleinen Zirkeln an vielen Orten in der Bundesrepublik intensiv diskutiert. Aber eine **breite öffentliche Debatte** ist m.W. **nirgendwo** in Gang gekommen. - **Nachhaltige Begegnungen zwischen Ost und West** über einen längeren Zeitraum hinweg sind **Ausnahmen** geblieben. Die Seminare hier in *Bad Alexandersbad* gehören zu den Ausnahmen.

3. Kein Nationalismus in Deutschland? Im Gegensatz zu anderen ehemaligen Ostblockstaaten

Mit dem Stichwort „**gemeinsame neue deutsche Identität**“ sind die Themen **deutsche Nation** und **deutscher Nationalismus** angesprochen. Wir haben uns diesen in der westdeutschen Linken seinerzeit heftig umstrittenen Themen auf einem Umweg genähert - in einer Veranstaltung zusammen mit **Wolfgang Eichwede** unter dem Titel: „**Kollektive Identität. Nationalismen und Kultur in Osteuropa nach dem Scheitern des Marxismus-Leninismus**“. *Eichwede*, Leiter der *Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen*, gilt bis heute als einer der besten Kenner der Oppositionsbewegungen im ehemaligen Ostblock. Er hat jahrzehntelang **Untergrund**-Materialien (*Samizdat*-Materialien) aus der *Sowjetunion*, aus *Polen*, der *CSSR*, *Ungarn* und aus der *DDR* gesammelt und unzählige Treffen und Konferenzen dazu organisiert.

³ *Maaz, Hans Joachim: Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR. Argon Verlag, Berlin 1991; Neuauflage: C.H. Beck Verlag München 2010.*

Bei *Samizdat*-Konferenzen in Bremen während der 80er Jahre habe ich mit großem Befremden erstmals erfahren, welche enorm wichtige Rolle die **nationale Frage in den osteuropäischen Oppositionsbewegungen** spielte.

Der *Marxismus-Leninismus* war in allen Ländern des ehemaligen Ostblocks stets mehr als Ideologie. Er war gewaltsam durchgesetzte **Staatsreligion**; er sollte die alten Religionen und kulturellen Traditionen ablösen, eine neue kollektive Identität begründen und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt **dauerhaft** sichern. Gelungen ist das nicht. Die unterdrückten Traditionen, auch die angeblich abgestorbenen Religionen lebten im gesamten Ostblock in Nischen und **im Untergrund** weiter. In den 80er und 90er Jahren brachen sie wieder hervor, teils gewaltsam als ungehemmter ethnischer, oft auch als religiös begründeter **Nationalismus**. Kennzeichen der **postmarxistischen politischen Kultur** in den meisten osteuropäischen Ländern sind **bereits 1990: Abgrenzung** gegen andere Völker und **Ausgrenzung** ethnischer, kultureller und religiöser Minderheiten. Unsere Hoffnung – nein, mehr als das – **unsere Überzeugung** damals war: **Dazu** werde es **im** wiedervereinigten **Deutschland nicht** kommen.

Die Befürchtungen und Vorbehalte, die angesichts der bevorstehenden Wiedervereinigung in Teilen der westdeutschen Linken – prominent etwa von Günther Grass oder Jürgen Habermas – geäußert wurden, haben wir nicht geteilt. Das Gespenst eines **deutschen Großmacht-Nationalismus** sahen **wir nicht** am Horizont herumgeistern. In unserem näheren Umfeld gab es freilich Kollegen und Kolleginnen, die ebendeshalb der *DDR-Bürgerbewegung* misstrauten. Ein weiterer Grund für ihr Misstrauen war die Befürchtung, mit der kirchennahen Bürgerbewegung würden **überlebte** Formen von **Religion wiederkehren**. Wir vertrauten hingegen darauf, **gerade dank** dieser **Bürgerbewegung** unter kirchlicher Obhut und **dank** der **DDR-Kirchen**, die die Theologie und die politisch-moralischen Ziele der *Oekumenischen Bewegung* sowie des weltweiten *Konziliaren Prozesses* teilten, werde ebendies in Deutschland **nicht** geschehen.

Heute im Blick auf den erwachsenen *Rechtspopulismus* und *Rechtsradikalismus*⁴ in **Ost- und Westdeutschland** weiß ich: Auch in dieser Hoffnung steckten Täuschungen und schließlich Enttäuschungen. Der Fall des sächsischen evangelischen Landesbischofs *Rentzing*, der kürzlich wegen seiner Nähe zur *Neuen Rechten* von seinem Amt zurückgetreten ist, lässt mich zweifeln,

⁴ Eine Erinnerung: Bei der Vorbereitung dieses Vortrags habe ich in dem Buch meines Schwiegersohns *Sighard Neckel, Waldleben: eine ostdeutsche Stadt im Wandel seit 1989. Campus-Verlag Frankfurt/Main; New York 1999* gelesen. Er hat von Dezember 1989 – 1995 eine empirische soziologische Untersuchung in einer brandenburgischen Mittelstadt durchgeführt. Ich habe das Buch zum ersten Mal 1999 kurz nach seinem Erscheinen gelesen. Passagen im Buch, die mir sehr wichtig waren, habe ich damals mit Farben markiert. Besonders bunt sind Seiten ausgefallen, die Befunde und Aussagen Befragter im Originalton aus den Jahren 1989 ff enthalten, die eindeutig rechtspopulistisch bis rechtsextrem sind. Bereits am 6. Dezember 1990 ist in derselben Stadt der angolische Vertragsarbeiter *Amadeu Antonio Kiowa* von neonazistischen Skinheads erschlagen worden. Vor 20 Jahren habe ich trotzdem nicht glauben wollen, dass diese politischen Unterströmungen kontinuierlich anschwellen und bis heute zunehmend an Macht und Brisanz gewinnen würden. - Zur gleichen Zeit Ende der 90er Jahre hat *Manja Präkels*, die ursprünglich hier und heute an meiner Stelle vortragen sollte, vergleichbare Ereignisse in einer brandenburgischen Kleinstadt erlebt. Über ihre Erfahrungen und Recherchen berichtet sie in der *ZDF-Dokumentation Zecken in Zehdenick 2001*; in ihrem preisgekrönten überwiegend autobiografischen Roman *Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß, Verbrecher Verlag Berlin 2017* erzählt sie davon.

ob nicht schon 1989/90 der orthodoxe bzw. evangelikale Flügel in den evangelischen Kirchen der *DDR* der <linksevangelischen> politischen Bürgerbewegung distanziert, wenn nicht gar ablehnend gegenübergestanden hat.

4. D-Mark und Euro: die ironische Pointe in der Geschichte der Wiedervereinigung

Die Themen **europäische Einigung** und **Hegemonie des wiedervereinigten Deutschlands** innerhalb *Europas* haben wir damals **überhaupt nicht** angesprochen. Das waren aber Themen, sogar ganz zentrale, während des Vereinigungsprozesses. In den *Zwei-plus-vier-Verhandlungen*, welche die zwischendeutschen Einigungsverhandlungen begleiteten und einrahmten, gab es **Widerstand gegen die Wiedervereinigung**. Zunächst von *Gorbatschow*. Am heftigsten von *Großbritannien* unter Führung von *Maggie Thatcher*. Sie hat ihren Widerstand erst spät und nur unter der Bedingung aufgegeben, dass das wiedervereinigte *Deutschland* samt der ehemaligen *DDR* fest in die **NATO** eingebunden wird. Ähnlich die *USA*: Zwar standen *US-Präsident Bush* und sein *Außenminister Baker* der Wiedervereinigung wohlwollender gegenüber, aber sie hielten von Anfang bis Ende der Verhandlungen unbeirrt an ihrem Maximalziel der *NATO*-Vollmitgliedschaft Gesamtdeutschlands fest. *Frankreich* unter *Francois Mitterand* forderte einen ganz konkreten **Preis** für die Wiedervereinigung: Die Bundesregierung unter *Helmut Kohl* sollte zuvor der **Vertiefung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion** zustimmen. Das bedeutete: Die deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik würde künftig in ein enges europäisches Korsett eingebunden.

Letztendlich bedeutet dies: Der **Preis** für die Wiedervereinigung war der **Euro**. Oder umgekehrt: ...war die **Abschaffung der D-Mark**. Das ist die **ironische Pointe der Geschichte der Wiedervereinigung**. In jenem Zeitraum, in dem in der untergehenden *DDR* der Ruf ertönt: „Kommt die D-Mark, bleiben wir; kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr“, - genau in jenem Zeitraum wird über die Abschaffung der *D-Mark* verhandelt und schließlich die Einführung des *Euro* beschlossen. Bis der Beschluss umgesetzt wird, dauert es zwar noch eine Weile. Die Entscheidung dafür ist indes schon 1990 gefallen. Von da an sind Währung, wirtschaftliche Entwicklung und Politik in *Deutschland* **nicht mehr zu trennen von Währung, Entwicklung und Politik in der EU**. Der Zusammenbruch des Ostblocks und insbes. die rasche Wiedervereinigung *Deutschlands* sind die entscheidenden Anstöße für die vertiefte *europäische Integration*, die schließlich 1993 in die Gründung der *Europäischen Union (EU)* einmündet.

Aber das ist ein anderes Thema, das ich hier nicht vertiefen will. Ich will nur auf Eines hinweisen: Die Masse der abwanderungs- und anschlusswilligen *DDR-Bürger*, einschließlich derjenigen, die heute von der nationalen **Abgrenzung gegen die EU** und gegen alle Nicht-Deutschen träumen, hat im entscheidenden historischen Moment selber maßgeblich dazu beigetragen, dass die **Spielräume für nationale deutsche Politik enger** geworden sind. – Ich will jedoch auch nicht verschweigen: Uns ist dies damals so nicht bewusst gewesen. Ich habe erst bei der Vorbereitung zu diesem Vortrag begriffen, wie weit selbst wir seinerzeit noch in nationalstaatlichem Denken befangen waren.

5. *Runder Tisch* und gesamtdeutsche Verfassungsdebatte

Höhepunkt und Abschluss unserer Veranstaltungsreihe sollte eine Tagung über den ***Runden Tisch* und die Verfassungsdebatte in Ost- und Westdeutschland** werden. Als wir das planten, erschien uns das noch ganz logisch; als die Tagung im April 1991 stattfand, war alles anders und vorbei. Der ***Zentrale Runde Tisch*** hatte seine Arbeit beendet und sich aufgelöst. Der Verfassungsentwurf des *Runden Tisches* war von der im März 1990 gewählten ***Volkskammer*** ohne weitere Diskussion abgelehnt worden. An einer **bundesweiten Verfassungsdebatte** zeigten Politiker in *Ost und West* bis auf ganz wenige Ausnahmen **keinerlei Interesse**. Die Entscheidung, ob die *DDR* der *Bundesrepublik* gemäß Art. 23 GG einfach beitreten sollte, war längst gefallen. Ein Verfassungsgebungsverfahren gemäß Art. 146 GG, an dem **beide** deutsche Staaten **gleichberechtigt** hätten teilnehmen können, stand niemals wirklich auf der Tagesordnung. **Der Zug der Wiedervereinigung** war schon lange abgefahren. Oder richtiger: Er stand im Frühjahr 1991 **bereits auf dem Abstellgleis** – irgendwo zwischen *Bonn* und *Oggersheim*.

Wir haben unser Programm trotzdem auch da noch nicht aufgegeben. Wir wagten inzwischen zwar nicht mehr zu hoffen, dass die *DDR-Bürgerbewegung* die Politik in *Gesamtdeutschland* noch weiter in Bewegung versetzen könnte, was ihr bis 1990 gelungen war. Es ging uns nun vielmehr darum: Was können **wir in West und Ost** aus den besonderen **Erfahrungen und Erfolgen dieser Bewegung lernen?** Und was können wir davon auf dem mühseligen langen Marsch durch die Ebenen der bundesrepublikanischen Politik nutzen für Reform und Erneuerung der Demokratie? Der Verfassungsentwurf des *Runden Tisches* erschien uns dafür ein guter Kompass. Der Entwurf orientiert sich eindeutig am Grundgesetz, weist aber auch darüber hinaus. Im Entwurf wird vorgeschlagen, wirtschaftliche, kulturelle und **soziale Grundrechte in die Verfassung** aufzunehmen; der Menschenrechtskatalog ist daher umfangreicher als im GG; in die politischen Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozesse sollten **neben parlamentarischen, auch plebiszitäre und partizipative Verfahren eingebaut** werden.

Unser *Bremer* Kollege **Ulrich K. Preuß**, Verfassungsrechtler an der Universität, der als westdeutscher Berater in der Verfassungs-AG des *Runden Tisches* gesessen und den Entwurf mit ausgearbeitet hat, zog jedoch schon in seiner Einleitung zu unserer Tagung eine ernüchternde Bilanz. Er hat das später noch einmal wiederholt, daraus zitiere ich⁵: „**Für eine grundlegende Neuordnung**“ und einen „**gemeinsamen Verfassungsschöpfungsprozess**“ sei der richtige historische Moment 1990 gewesen. Damals sei nicht nur die *DDR* untergegangen, sondern auch die (alte) *Bundesrepublik*. Aber diese historische Chance sei „verpasst“ worden. *UK Preuß* wörtlich: „**Es ist vorbei**, und **heute** (noch) darüber nachzudenken, ist einfach unzeitgemäß.“ – *Volker Kröning*, seinerzeit *Bremer Senator für Justiz und Verfassung* und – was wichtiger war für unsere Tagung – gleichzeitig *Vorsitzender der Konferenz der Justizminister des Bundes und*

⁵ Aus: *Thilo Schmidt, Deutsche Rufe (10), Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches. Deutschlandfunk Kultur, Länderreport/Archiv/Beitrag vom 14.07.2015. URL: https://www.deutschlandfunkkultur.de/deutsche-rufe-10-der-verfassungsentwurf-des-runden-tisches.1001.de.html?dram:article_id=325399.*

der Länder sowie Mitglied der Verfassungskommission von Bundesrat und Bundestag für die Einheit, hat diesem „Aus und vorbei“ nicht widersprochen⁶.

Auf der Tagung, ursprünglich geplant als aktivierender Beitrag zur erhofften bundesweiten Verfassungsdebatte, breitete sich daraufhin resignative bis gereizte Stimmung aus. **Selbst der Runde Tisch wurde abgelehnt.** Ein leitender Beamter aus der *Bremer Bildungsbehörde*, einflussreich in der *Bremer SPD* und der *Bremischen Evangelischen Kirche*, griff uns an, weil ich dafür plädiert hatte, Runde Tische in der bundesrepublikanischen Politik zu institutionalisieren. Mein Argument war, sie hätten sich in *Polen* sowie in der *DDR* bewährt, um **strittige politische Probleme zwischen Regierenden einerseits und Vertretern der oppositionellen Zivilgesellschaft** andererseits in öffentlichen Sitzungen ausgiebig zu beraten und gemeinsame Lösungsvorschläge zu erarbeiten. *Runde Tische* seien ein **nachahmenswertes Modell**. Der Einspruch war kurz und knapp: „*Runde Tische haben in der Politik nichts zu suchen; sie gefährden die parlamentarische Demokratie. Sie haben ihren Platz allenfalls in der Erwachsenenbildung.*“

Erheblich wohlwollender urteilte *Helmut Simon*, Bundesverfassungsrichter bis 1987, über die Errungenschaften der *DDR-Bürgerbewegung*, einschließlich *Runder Tisch* und Verfassungsentwurf. Freilich: Sein Appell, wir sollten „**dieses Erbe bewahren**“ helfen, klang fast wie ein Nachruf. Klang wie: Die Bürgerbewegung ist nicht mehr aktueller politischer Akteur, sondern nur noch Gegenstand des Erinnerns und der Geschichte.

6. Schluss und Ausblick: Ein Fazit und drei Thesen

Fazit: Reaktion und Projektion

Für uns war die *DDR-Bürgerbewegung* der **Akteur; wir reagierten** nur. Vielleicht waren wir darum, immer wieder zu spät dran. Die *DDR*-Bewegung war Vorbild und Ermutigung. Sie hatte die *DDR* grundstürzend verändert; wir hofften, sie werde zum Motor für tiefgreifende Veränderungen auch in *Westdeutschland*. Wir haben **unsere Wünsche und Hoffnungen** auf diese Bewegung **projiziert**. Darin verbargen sich Missverständnisse und Täuschungen. Unsere westdeutschen politischen Erfahrungen waren andere als diejenigen der aktiven Oppositionellen in der *DDR*, unsere Wunschvorstellungen z.T. auch. Vor allem aber: **Unsere Kenntnisse** über das, was tatsächlich in der untergehenden *DDR* geschah und was sich innerhalb kürzester Zeit radikal veränderte, waren **unzureichend**. Wir haben die **zahlenmäßige Stärke der Bewegung sowie ihre dauerhafte Unterstützung in der DDR-Bevölkerung**, mithin ihre tatsächliche politische Macht, **überschätzt**. Die Differenzen zwischen der politischen Oppositionsbewegung und der Massenbewegung der Ausreise- und Anschlusswilligen, die bald nach dem Mauerfall

⁶ Die Verfassungsdebatte war zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu Ende, aber sie entfernte sich mehr und mehr vom Prozess der Vereinigung. Sie wurde zu einer westdeutschen Angelegenheit. Der Entwurf des Runden Tisches spielte im weiteren Verlauf keine nennenswerte Rolle mehr. Einen guten Überblick über alle Phasen sowie die Ergebnisse bzw. Nicht-Ergebnisse der gesamten Verfassungsdebatte gibt *Tilman Evers* in seinem Aufsatz *Über die verfassungsgebende Gewalt in Deutschland. Rückblick auf die Verfassungsdebatte*, in: *Andreas Seiverth (Hrsg.): Tilman Evers, Politik und Sinn. Ideen für eine zivilgesellschaftliche Erwachsenenbildung. Waxmann Verlag Münster/New York 2014, S. 225-256*

zu einer Spaltung der *DDR-Bürgerbewegung*⁷ führten, hatten wir nicht auf dem Schirm. Wir Sympathisanten waren, obwohl durchaus viele an vielen Orten in der Bundesrepublik, in Bezug auf die Gesamtbevölkerung immer **nur eine kleine Minderheit**. Für die **politisch Aktiven** der *DDR-Bürgerbewegung* galt ab 1990 das Gleiche. Nur: Das wussten wir damals noch nicht.

Es wäre jedoch falsch, nun nur auf eine Geschichte der Täuschungen und Enttäuschungen zurückzuschauen. Viele Hoffnungen von damals sind unabgegolten. Manche haben zunächst untergründig weitergewirkt und wirken immer noch. Manche kehren heute in veränderter Gestalt wieder. Auf einige möchte ich in den folgenden Thesen beispielhaft aufmerksam machen.

1. These: Mehr soziale Demokratie wagen!

Vom „**Dritten Weg**“ einer demokratischen sozialistischen Republik in einer reformierten *DDR* redet heute niemand mehr. Aber auch die **Propaganda** für den **Minimalstaat** und für **Marktradikalismus**, die mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und mit der Wende ihren nahezu ungehemmten Siegeszug angetreten hat, wird **zunehmend kleinlaut**....je lauter die **Kritik am Neoliberalismus** und dessen oft verheerenden sozialen und politischen Folgen wird⁸: Kritik an der radikalen Privatisierung durch die *Treuhand* und an deren fatalen Auswirkungen in *Deutschland Ost und Deutschland West*⁹, Kritik an rasant wachsender Ungleichheit, Kritik am Rückbau des Sozialstaats, Kritik am Ausverkauf kommunaler gemeinnütziger Wohnungsunternehmen usw. usf. – von der Finanzkrise hier gar nicht zu reden. Heute finden **Forderungen, den Sozialstaat wieder auszubauen** und ihn durch entsprechende Steuer- und Finanzpolitik dauerhaft abzusichern, in der Politik wieder Gehör.

Wir haben seinerzeit den **Siegeszug** des *Neoliberalismus* nicht vorhergesehen. Wir wollten und konnten uns einfach nicht vorstellen, was dann mit dem Deregulierungs- und Privatisierungswahn im wiedervereinigten *Deutschland* auf uns zugerollt kam. Eher hilflos haben wir reagiert, als gleichzeitig **in den 90ern das politische Engagement merklich nachließ**, als selbst in unseren Veranstaltungen die Motivation und die Phantasien nicht mehr ausreichten, grundlegende politische Alternativen und **Visionen für eine demokratische und solidarische Zukunft** zu entwerfen.

⁷ Den Themen *Nationale Wende* und *Spaltung der Bürgerbewegung* widmet *Andreas Rödder* jeweils eigene Kapitel sowohl in seinem Standardwerk: *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*. C.H.Beck Verlag München 2009, insbes. S. 118 – 127, als auch in der Kurzfassung: *Geschichte der deutschen Wiedervereinigung*. C.H.Beck Wissen München 2011, insbes. S. 42 – 48.

⁸ Die Bedeutung der Ideologie des *Neoliberalismus* für die Transformation der osteuropäischen Staaten nach 1989 arbeitet vor allem *Philipp Ther* heraus in seiner umfangreichen Studie: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*. Suhrkamp Verlag Berlin 2016 (aktualis. Ausgabe) sowie in seinem Essayband: *Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation*. Suhrkamp Verlag Berlin 2019 (edition suhrkamp 2744). Zur Transformationsgeschichte der *DDR* und der „*Vereinigungskrise*“ in der *Bundesrepublik* vgl. darin den Essay: *Der Preis der Einheit. Die Transformation der Bundesrepublik nach 1989*, a.a.O. S. 73 – 96.

⁹ Sehr informativ dazu die materialreiche historische Untersuchung von *Marcus Böick*: *Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrungen*. Wallstein Verlag Göttingen 2018.

Heute sind derartige Alternativentwürfe unter Stichworten wie *Politik und Gesellschaft der Nachhaltigkeit*, *Solidarische Ökonomie* oder *Postwachstumsgesellschaft* wieder da. Vielleicht finden sich darin sogar **Ansätze**, das Konzept des **demokratischen Sozialismus neu zu definieren**; vielleicht heißt das dann künftig ökosozial oder ökosozialistisch. Vielleicht kommt der Vorschlag im Verfassungsentwurf des Runden Tisches, **soziale Grundrechte** in der Verfassung zu verankern, noch einmal zur Wiedervorlage auf den Tisch. **Anzeichen** dafür gibt es. Beispiel 1: Die Zeit ist reif für ein soziales **Grundrecht auf Wohnen**. Der entsprechende Beschluss der *Grünen* auf ihrem jüngsten Bundesparteitag zielt darauf ab; die Debatten und Gesetzesvorhaben rund um den „Mietendeckel“ in *Berlin* weisen in diese Richtung; der ehemalige *SPD-Vorsitzende Jochen Vogel* fordert es seit Längerem¹⁰. Beispiel 2: Das Bundesverfassungsgericht hat bereits in seinem 1.Urteil zu *Hartz IV* 2010 ein **Grundrecht auf menschenwürdige Existenz und soziale Teilhabe** anerkannt und angemahnt. Die Beispiele ließen sich vermehren.

2. These: Mehr Demokratie wagen! - Runde Tische und erweiterte Bürgerbeteiligung

Die Behauptung, *Runde Tische* hätten in der Politik nichts zu suchen, weil sie die parlamentarische Demokratie gefährdeten, ist unhaltbar. Sie missachtet die historische Bedeutung der *Runden Tische* in der sog. „Wendezeit“. Sie unterschlägt, dass der *Runde Tisch* ein erfolgreiches, mittlerweile **oft nachgeahmtes Modell ist für Erweiterung und Erneuerung der Demokratie**. Heute gibt es unzählige *Runde Tische* in der Bundesrepublik: zu den verschiedensten Anlässen und Themen. An solchen *Runden Tischen* oder in ähnlichen Dialogforen sitzen **Politiker** und Vertreter der Verwaltung **mit Vertretern der Zivilgesellschaft gleichberechtigt** zusammen, um umstrittene Probleme und Interessenkonflikte miteinander möglichst kooperativ (gewaltfrei) zu lösen.

Davon zu unterscheiden sind andere Formen der erweiterten demokratischen Bürgerbeteiligung wie Bürgerversammlungen bzw. **Bürgerräte**, in denen <ganz normale> Bürgerinnen und Bürger miteinander anstehende politische Fragen und Themen intensiv beraten und diskutieren. Am Ende ihrer Beratungen fassen sie ihre gemeinsamen Vorschläge und Empfehlungen in einem **Bürgergutachten** zusammen, das direkt an die zuständigen professionellen Politiker weitergeleitet wird. Die Mitglieder von Bürgerräten werden **per Losverfahren** nach Zufallsprinzip entsprechend bestimmten Kriterien ausgewählt, die gewährleisten, dass die Zusammensetzung der **Bürgerräte** i.d.R. repräsentativer ausfällt als die aktuelle Zusammensetzung der jeweiligen Parlamente. Damit soll sichergestellt werden, dass der *Bürgerrat* ein möglichst genaues **Abbild der gesamten Wählerschaft im Kleinen** darstellt. Und: ...dass in den internen Beratungen dort auch diejenigen zu Wort kommen, die ansonsten in Prozessen politischer Beratung und Entscheidungsfindung (Deliberation) ihre Stimme nicht erheben oder die dort kein Gehör finden.

Die genannten Beteiligungsverfahren entsprechen dem Prinzip **Partizipativer Demokratie**. Partizipation heißt hier: **Effektive Bürgerbeteiligung**, mehr Teilhabe und **verantwortliche Mitwirkung von Wählern und Wählerinnen** über die einmalige Stimm-Abgabe alle 4 - 5 Jahre

¹⁰ Zuletzt in: *Vogel, Hans-Jochen: Mehr Gerechtigkeit! Wir brauchen eine neue Bodenordnung – nur dann wird auch Wohnen wieder bezahlbar. Herder Verlag Freiburg 2019.*

hinaus. Die politische Praxis in der *Bundesrepublik* wie auch in Nachbarländern zeigt: Vorschläge von *Runden Tischen* oder **Bürgergutachten** von *Bürgerräten* werden zunehmend häufiger von Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen bei ihren Entscheidungen und in Gesetzgebungsvorhaben berücksichtigt¹¹. Das gilt vor allem **für die lokale und regionale Ebene**. Daraus folgt: **Partizipative und parlamentarische Demokratie** schließen einander **nicht** aus; sie können – und sollten – vielmehr miteinander verzahnt werden und einander konstruktiv ergänzen.

Gleichwohl gibt es in unserem Land noch immer Widerstände gegen partizipative Verfahren. Das gilt vor allem für die nationale und die übernationale Ebene. Obwohl die *Zentralen Runden Tische* in *Polen, Ungarn* und der *DDR* damals und zentrale *Bürgerräte* in *Irland, Großbritannien* und *Frankreich* jüngst beweisen, dass **partizipative** demokratische Prozesse auch **auf nationaler Ebene unverzichtbar** sind. Gerade in Konflikt- und Krisenzeiten, in denen grundlegende gesellschaftliche und politische Veränderungen anstehen und die Weichen für neue nachhaltige Zukunftsentwicklungen¹² gestellt werden. Denn **Demokratie braucht Zeit** für Beratung (Deliberation) und die **Mitwirkung der Bürger** und Bürgerinnen. Sonst wächst nicht Vertrauen in die Demokratie, sondern es wachsen **Misstrauen und Verweigerung**, Nichtwählen oder gewalttätige Gelbwesten-Proteste.

3. These: Gewaltfreiheit - ein nachhaltiger politischer Lernprozess

Die Überzeugung, **Revolutionen** gingen **stets mit Gewalt**, zumindest mit Gewaltbereitschaft einher und endeten i.d.R. in Bürgerkriegen oder bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, gehörte lange Zeit zum historisch begründeten Selbstverständnis insbes. der Linken. Das gilt heute so nicht mehr. Der Lernprozess, der zu diesem **Bewusstseinswandel** geführt hat, beginnt **mit der Friedlichen Revolution** in der *DDR*. Im Westen begann er zunächst in der kirchlichen Friedensbewegung; inzwischen reicht er weit darüber hinaus.

Gewaltfreie politische Strategien sind bereits in der westdeutschen **Friedensbewegung der 80er** Jahre, vor allem in kirchennahen Gruppen, entwickelt und in Trainings zu gewaltfreiem Handeln eingeübt worden. Nachhaltig verbreitet hat sich Gewaltfreiheit in der politischen Kultur der Bundesrepublik jedoch erst nach den erstaunlichen Erfolgen der friedlichen *DDR-Bürgerbewegung*. **Heute** folgen die meisten zivilgesellschaftlichen Bewegungen in Deutschland dem „**Prinzip Gewaltfreiheit**“. *Frydays for Future* sind das aktuellste Beispiel dafür.

Auf staatlicher Ebene ist das freilich nicht so. **Militäreinsätze** und kriegerische Gewalt rangieren immer noch weit, weit vor friedlichen Formen ziviler Konfliktbewältigung. Darum hat die *Evangelische Badische Landeskirche* neulich eine *Denkschrift zur Umkehr* herausgegeben mit

¹¹ Bislang liegt in den allermeisten Fällen von demokratischer Bürgerbeteiligung die Kompetenz zur politisch letzten Entscheidung weiterhin bei Parlamenten und Regierungen. *Partizipative Demokratie ergänzt* die *Parlamentarische Demokratie*. Nur in Ausnahmefällen folgen direktdemokratische (plebiszitäre) Entscheidungsverfahren wie *Volksentscheid* bzw. Referendum. Das bekannteste Beispiel für eine Kombination von Bürgerrat und Volksentscheid ist die *Citizens' Assembly* in *Irland*.

¹² In den letzten Jahren befassen sich nationale Bürgerversammlungen bzw. Bürgerräte, beispielsweise in Frankreich und Großbritannien, zunehmend mit den Zukunftsthemen Klimawandel und Klimapolitik.

dem Titel „Sicherheit neu denken - Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“¹³. Darin entwirft sie ein „Szenario für den mittelfristigen **Ausstieg** der Bundesrepublik **aus der militärischen Friedenssicherung**“. Sie will erneut eine kirchliche und zivilgesellschaftliche Bewegung für Friedenspolitik mobilisieren.

Hier schließe ich den Kreis. Die *kirchliche Friedensbewegung* in der DDR war die Keimzelle der demokratischen *DDR-Bürgerbewegung*. Sie war vielfältig vernetzt mit der kirchlichen Friedensbewegung in *Westdeutschland*. Die kirchliche Friedensbewegung wurde so zur Keimzelle der **ersten gesamtdeutschen Bürgerbewegung**. Eine Initialzündung kam aus *Wittenberg*. Das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ klebte in den 1980er Jahren an etlichen Haustüren, auch an meiner, in *Bremen*. Dem **Initialzünder Friedrich Schorlemmer** möchte ich heute dafür danken.

Nachbemerkung: Böser Fehler

In der Diskussion nach meinem Vortrag ist mir ein böser Fehler unterlaufen. Ich habe auf die Frage eines Teilnehmers aus Gera (Namen und Adresse habe ich mir leider nicht notiert) vorschnell geantwortet: Man könne nach den Wahlen in Thüringen den Versuch wagen, einen *Runden Tisch* mit Ministerpräsident *Ramelow* und der *AfD* einzurichten. Das muss ich korrigieren! Ein **Runder Tisch eignet sich** nach meinem Dafürhalten **nicht** als Veranstaltungsformat für eine politische **Diskussion mit der und über die AfD**. Für sinnvoll und machbar halte ich vielmehr ein Verfahren nach dem Muster des „*Bürgerrats Demokratie*“, den der Verein *Mehr Demokratie* kürzlich veranstaltet hat¹⁴.

Ich kann das hier nur grob skizzieren. Den *Bürgerrat* bilden nach Zufallsprinzip und nach Repräsentativitäts-Kriterien **ausgeloste Bürger und Bürgerinnen** aus ganz Thüringen; sie diskutieren in mehreren Sitzungen in professionell **moderierten Kleingruppen** und im **Plenum** intensiv miteinander über ein aktuelles politisches Thema. Das könnte ein zwischen *AfD* und Landesregierung bzw. den anderen Parteien strittiges Thema aus der Landespolitik sein. Alternativ käme z.B. auch das Thema *Unterschiedliche Deutungen der demokratischen Entwicklung in Ostdeutschland seit 1989 bis heute* in Frage. Im „Kampf um die geschichtspolitische Hege-

¹³ Becker, Ralf; Maass, Stefan; Schneider-Harpprecht, Christoph (Hrsg.): *Sicherheit neu denken – Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik*. Ev. Landeskirche in Baden Karlsruhe 2018.

¹⁴ Der Verein *Mehr Demokratie* hat im September 2019 erstmals in der Bundesrepublik einen Modellversuch für einen *Bürgerrat* auf nationaler Ebene durchgeführt. Ablauf und Ergebnisse, Verfahren und Methoden werden beschrieben in der Broschüre *Bürgergutachten Demokratie – Die Empfehlungen des Bürgerrats in Leipzig*. *Mehr Demokratie e.V.*, Berlin 2019. Sie kann kostenlos aus dem Netz heruntergeladen werden unter der URL: <https://www.buergerrat.de/fileadmin/downloads/buergergutachten.pdf>.

monie“¹⁵ interpretiert die *AfD*, besonders lautstark deren völkischer „Flügel“ unter Führung von *Björn Höcke*, die aktuelle Situation im Land quasi als Fremdherrschaft. Dagegen wird „das Volk“ zum Widerstand und zur erneuten Revolution aufgerufen. Die *Friedliche Revolution* von 1989 wird von der *AfD* instrumentalisiert. Deutlich ist das in den Wahlkampfparolen „Wende 2.0“ bzw. „Wende vollenden“ zum Ausdruck gekommen.

In Info-Veranstaltungen mit Experten und Politikern, die die Beratungen der Bürger und Bürgerinnen im Bürgerrat einleiten und umrahmen, könnten *B. Ramelow* und *B. Höcke* oder andere Vertreter der Parteien in einer **nicht-öffentlichen Pro-und-Contra-Veranstaltung** auftreten. Anschließend diskutieren und beraten die Mitglieder des *Bürgerrats* darüber miteinander - wieder in Kleingruppen (ohne Experten und Politiker). Am Ende werden die Ergebnisse aus den Kleingruppen im Plenum zu einem gemeinsamen Statement mit politischen Empfehlungen, ähnlich einem Bürgergutachten, verdichtet. Dieses wird abschließend Politikern und der Öffentlichkeit übergeben. Die Verbreitung und Umsetzung der Empfehlungen in Politik und Öffentlichkeit sollte von weiteren dialogischen Beteiligungsverfahren¹⁶ begleitet werden.

In meinem mündlichen Vortrag habe ich die Beteiligungsformate *Runder Tisch* und *Bürgerrat* in einem einzigen Satz abgehandelt. Das war **nicht differenziert** genug (Grüße an Rainer Danielzick!), darum missverständlich. Ich habe mir so selbst eine Falle gestellt. In der vorliegenden schriftlichen Fassung des Vortrags habe ich deshalb in der 2. These (vgl. oben S. 9) einen zusätzlichen Absatz eingefügt, um den *Runden Tisch* deutlich von *Bürgerversammlungen* oder *Bürgerräten* zu unterscheiden.

Bei Fragen, Anmerkungen und Kritik bitte wenden an:
k.koerber@t-online.de oder koerber.klaus@gmail.com

¹⁵ *Hartmann, Greta; Leistner, Alexander: Umkämpftes Erbe. Zur Aktualität von „1989“ als Widerstandserzählung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Das letzte Jahr der DDR. APuZ Nr. 35-37/2019, 26. August 2019, Bundeszentrale für politische Bildung Bonn 2019, S. 18 – 24, hier insbes. S. 23.*

¹⁶ Einen hilfreichen Überblick über verschiedene Verfahren der Bürgerbeteiligung, einschließlich Online-Verfahren, findet man im Methodenhandbuch: *Stiftung Mitarbeit / ÖGUT (Hrsg.): Bürgerbeteiligung in der Praxis. Ein Methodenhandbuch - Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 52. Verlag Stiftung Mitarbeit Bonn 2018 (320 S.)*